



22

Wolfram Hilz/Rafał Ulatowski (Hg.)

Deutschland und Polen in der Europäischen Union

Nationale Präferenzen und Kooperationspotentiale
ein Vierteljahrhundert nach dem Umbruch 1989/90

Bonner Studien zum globalen Wandel

Tectum

Bonner Studien zum globalen Wandel

Bonner Studien zum globalen Wandel

Herausgegeben von
Prof. Dr. Wolfram Hilz

Band 22

Prof. Dr. Wolfram Hilz
Dr. Rafał Ulatowski

Deutschland und Polen in der Europäischen Union

Nationale Präferenzen und Kooperationspotentiale ein
Vierteljahrhundert nach dem Umbruch 1989/90

Tectum Verlag

Wolfram Hilz
Rafal Ulatowski
Deutschland und Polen in der Europäischen Union.
Nationale Präferenzen und Kooperationspotentiale ein Vierteljahrhundert nach dem
Umbruch 1989/90

Bonner Studien zum globalen Wandel
Herausgegeben von Prof. Dr. Wolfram Hilz.
Band 22

ISBN: 978-3-8288-6614-0

(Dieser Titel ist zugleich als gedrucktes Buch unter
der ISBN 978-3-8288-3859-8 im Tectum Verlag erschienen.)

Umschlagabbildung: Steffen Hellwig / www.pixelio.de

© Tectum Verlag Marburg, 2016

Besuchen Sie uns im Internet
www.tectum-verlag.de

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Angaben sind
im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	7
	Wolfram Hilz/ Rafal Ulatowski	
2	Deutschland und Polen zu Beginn des 21. Jahrhunderts: Kooperation und Spannungen nach einer traumatischen Geschichte	13
	Dieter Bingen	
3	Die deutsch-polnischen Beziehungen 1990-2015	27
	Rafał Ulatowski	
4	Deutschlands Außenpolitik und die Implikationen für seine Nachbarn	43
	Wolfram Hilz	
5	Europäische Nachbarschaftspolitik aus der deutschen Perspektive	61
	Shushanik Minasyan	
6	Polen und die „östliche Dimension“ der europäischen Nachbarschaftspolitik	77
	Maciej Raś	
7	Grundzüge der Energiepolitik der Bundesrepublik Deutschland	97
	Nils Kleine	
8	Energiesicherheit Polens im Kontext der deutsch-polnischen Beziehungen	109
	Rafał Ulatowski	
9	Die Handelspolitik Polens in der Europäischen Union	125
	Anna Wróbel	
10	Die Rolle der EU-Mitgliedstaaten bei der Ausgestaltung der europäischen Handels- und Investitionspolitik nach dem Vertrag von Lissabon	141
	Axel Berger	

1 Einleitung

Wolfram Hitz/ Rafał Ulatowski

Als Bundeskanzler Helmut Kohl im November 1989 zu einem lange geplanten Staatsbesuch in Warschau eintraf, seinem ersten in Polen überhaupt, konnte niemand ahnen, dass in weniger als einem Jahr in ganz Europa eine neue (geo-)politische Realität herrschen würde. Im Zentrum dieses Wandels standen dabei das vereinte Deutschland und der zerfallende Ostblock, inklusive einer Sowjetunion mit deutlichen Auflösungstendenzen. Die Visite Kohls vom Herbst 1989 war von historischer Bedeutung für die deutsch-polnischen Beziehungen. Mit symbolischen Gesten angereichert nährte sie die Hoffnung auf eine Besserung der bilateralen Beziehungen zwischen Bonn und Warschau. Insbesondere der zweite Teil des Staatsbesuchs – unterbrochen durch den Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 – mit dem Besuch Bundeskanzler Kohls und Ministerpräsident Mazowieckis auf Gut Kreisau/Krzyżowa im Rahmen einer Versöhnungsmesse, stand für den Willen beider Seiten, trotz der schmerzlichen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts Wege zur gemeinsamen Zukunftsgestaltung zu suchen.

Obwohl das Jahr 1990 erneut deutliche Spannungen zwischen Deutschen und Polen, gerade in der Frage der Anerkennung der Oder-Neisse-Linie als endgültiger, gemeinsamer Grenze bereithielt, gab es auch konkrete Schritte zur Klärung der Beziehungen. Der 2+4-Vertrag, der am 12. September 1990 in Moskau von den Vertretern beider deutscher Staaten (Bundesrepublik Deutschland, Deutsche Demokratische Republik), sowie der vier Siegermächte des Zweiten Weltkriegs (Frankreich, Großbritannien, Sowjetunion und Vereinigte Staaten) unterzeichnet wurde, hat die deutsch-polnische Grenze international bestätigt.¹ Am 14. November 1990 haben Polen und Deutschland einen Grenzvertrag unterschrieben, der dies noch einmal ausdrücklich zwischen beiden Staaten bekräftigte.² Nachdem der Grenzvertrag einen Schlussstrich unter die alte, konfrontative Periode zog, sollte ein bilate-

1 Vgl. Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland vom 12.9.1990, <http://www.documentarchiv.de/brd/2p4.html> (abgerufen am 20.6.2016).

2 Vgl. Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenze vom 14.11.1990, <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/AAmt/PolitischesArchiv/Dokumente/UndVertraege/901114-VertDeuPLGrenzen-pdf> (abgerufen am 20.6.2016).

raler Freundschaftsvertrag den Aufbruch in eine neue Ära markieren.³ Am 17. Juni 1991 unterzeichneten als Vertreter Polens Ministerpräsident Jan Krzysztof Bielecki sowie Außenminister Krzysztof Skubiszewski und auf deutscher Seite Bundeskanzler Helmut Kohl sowie Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher den Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit in Bonn. Damit kam der Wunsch der Politiker auf beiden Seiten der Oder-Neiße-Grenze zum Ausdruck, die deutsch-polnischen Beziehungen nachhaltig verbessern zu wollen. Zu Beginn der 1990er Jahre erhofften sich viele deutsche und polnische Politiker eine positive Zukunft für das zwischenstaatliche Verhältnis in einem geeinten und friedlichen Europa. Polens erster demokratisch gewählter Premierminister Tadeusz Mazowiecki sprach bereits 1989 von der enormen Bedeutung eines Durchbruchs in den deutsch-polnischen Beziehungen.⁴ Und während Bundeskanzler Helmut Kohl später die Hoffnung äußerte, dass die deutsch-polnischen Beziehungen die Qualität der deutsch-französischen erreichen könnten,⁵ plädierte Polens Außenminister Krzysztof Skubiszewski für die Schaffung einer deutsch-polnischen Interessengemeinschaft.⁶

Der Nachbarschaftsvertrag von 1991 sollte der Startpunkt für diese neuen deutsch-polnischen Beziehungen werden. Es wurden eine breite Kooperation in praktisch allen Politikbereichen sowie regelmäßige Regierungskonsultatio-

3 Vgl. Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vom 17.6.1991, [http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/AAmt/PolitischesArchiv/Dokumente undVertraege/910617-VertDeuPLFreund-pdf](http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/AAmt/PolitischesArchiv/Dokumente%20undVertraege/910617-VertDeuPLFreund-pdf) (abgerufen am 20.6.2016).

4 Vgl. Mazowiecki, Tadeusz: Sejm Expose by the Polish Prime Minister/Excerpts concerning foreign aid and international relations/Warsaw, September 12, 1989, in: Zbiór Dokumentów [Dokumentensammlung], (1990) 3, S. 30.

5 Zit. nach: Bartoszewski, Władysław: Angst vor der Großmacht? Deutschland und Polen nach dem Umbruch, in: Internationale Politik, 55 (2000) 9, S. 10.

6 Vgl. Skubiszewski, Krzysztof: Przemówienie Ministra Spraw Zagranicznych RP prof. dr hab. Krzysztofa Skubiszewskiego-wyłoszone podczas VI Forum Rzeczpospolita Polska-Republika Federalna Niemiec podczas przyjęcia w Hotelu Polonez [Die Rede des Außenministers der Republik Polen Prof. Dr. hab. Krzysztof Skubiszewski während des Empfangs im Hotel Polonez], in: Tomala, Mieczysław (Hrsg.): Polityka i dyplomacja polska wobec Niemiec Tom II 1971-1990. Wstęp, wybór i opracowanie dokumentów [Politik und Diplomatie Polens gegenüber Deutschland Teil II 1971-1990. Einführung, Auswahl und die Bearbeitung der Dokumente], Warschau 2006, S. 659-662. Zum Begriff siehe auch Eberwein, Wolf-Dieter/Ecker-Ehrhardt, Matthias: Deutschland und Polen - Eine Werte- und Interessengemeinschaft? Die Eliten- Perspektive, Opladen 2001, S. 17-24.

nen vereinbart. Die Rechte der deutschen Minderheit in Polen wurden geregelt und ein deutsch-polnisches Jugendwerk ins Leben gerufen. Ein besonders wichtiger Punkt war die Zusicherung Deutschlands, die polnischen Ambitionen zum Beitritt zur (damaligen) Europäischen Gemeinschaft zu unterstützen.

In den letzten 25 Jahren haben sich die bilateralen Beziehungen durchaus wechselhaft entwickelt. Trotz einer breiten Akzeptanz in der Bevölkerung beider Länder, die in rund 200 Städtepartnerschaften, Jugend- und Bildungsinitiativen sowie einer fruchtbaren Wirtschaftsverflechtung zum Ausdruck kommt, wurde auch immer wieder die Sorge um den Zustand der Nachbarschaftsbeziehungen geäußert. Es kam wiederholt zu erheblichen politischen Spannungen durch Aktivitäten von Vertriebenen-Funktionären in Deutschland oder anti-deutschen Initiativen in Polen. Aufgrund der schwierigen deutsch-polnischen Geschichte, der jahrzehntelang hinausgeschobenen Aufarbeitung der deutschen Verbrechen während des Zweiten Weltkriegs und der Folgen durch die Westverschiebung Polens durch die Alliierten nach 1945 konnte dies jedoch nicht verwundern.⁷ Trotz mancher Verstimmungen zwischen Bonn/Berlin und Warschau gelang mit dem Beitritt Polens zur NATO 1999 und zur Europäischen Union 2004 ein Erfolg, zu dem beide Seiten ihren Beitrag geleistet hatten. Durch die inzwischen zur Normalität gewordene, gemeinsame Mitgliedschaft in den westlichen Kooperations- und Integrationsstrukturen bestimmen heute europäische Themen immer mehr die bilaterale Agenda. Vielfach wird deshalb auch von einer Europäisierung der deutsch-polnischen Beziehungen gesprochen, die einerseits bilaterale Streitthemen zu relativieren hilft, andererseits aber auch neue Konflikte über gemeinsame europäische Herausforderungen entstehen lässt.

Anlässlich des 25. Jahrestages des deutsch-polnischen Vertrages über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Beziehungen stellt sich die Frage nach dem aktuellen Zustand des Verhältnisses zwischen den beiden NATO- und EU-Partnern. Beide Länder sind insbesondere über die Integrationsgemeinschaft der EU in vielfältigen Politikbereichen bis hin zur zwangsläufig engen

7 Vgl. Prawda, Marek: Dialog-Gespräch mit Polens Botschafter in Deutschland, Marek Prawda, über das 20-jährige Jubiläum der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrags und die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Ländern, Dialog, in: Deutsch-Polnisches Magazin, 95 (2011), S. 14-15; Bingen, Dieter/Loew, Peter Oliver/Ruchniewicz, Krzysztof/Zybura, Marek (Hrsg.): Erwachsene Nachbarschaft: die deutsch-polnischen Beziehungen 1991 bis 2011, Wiesbaden 2011; Wolff-Powęska, Anna/Bingen, Dieter (Hrsg.): Nachbarn auf Distanz. Polen und Deutsche 1998-2004, Wiesbaden 2005.

rechtlichen und gesellschaftlichen Verflechtung fest miteinander verbunden. Trotzdem existieren vielfach unterschiedliche Präferenzen und Interessen, die mit geographischen, historischen, ökonomischen und auch innenpolitischen Rahmenbedingungen zu tun haben. Der vielzitierte Leitspruch der EU von der „Einheit in der Vielfalt“ weist auf die notwendige Berücksichtigung beider Komplementäraspekte hin: Vielfalt und Unterschiede müssen auch in einer „immer engeren Union“ von allen akzeptiert werden, damit die sehr unterschiedlichen Mitglieder den gemeinsam eingeschlagenen Weg der europäischen Einheit weiter mitgehen wollen und können. Umgekehrt müssen alle EU-Partner willens und in der Lage sein, Abstriche an ihren nationalen Präferenzen zum Wohl des gemeinsamen Ganzen zu machen, um die Einheit nicht zu gefährden.

Am Anfang einer fruchtbaren Kooperation – bilateral wie multilateral – stehen deshalb notwendigerweise ausreichende Kenntnis über Anliegen und Befindlichkeiten des Partners. Hierbei überlappen die Herausforderungen „normaler“ zwischenstaatlicher Beziehungen mit denjenigen, die sich durch die gemeinsame Mitgliedschaft in der EU stellen. Für Deutsche und Polen folgt daraus die Anforderung, sich sowohl zum Wohle guter zwischenstaatlicher Beziehungen als auch als Voraussetzung einer ausreichenden Kooperationsbasis innerhalb der EU über die Präferenzen des Nachbarn im Klaren zu sein. Für die bilateralen Beziehungen stellt sich folglich auch 25 Jahre nach dem gemeinsamen Neustart in einem freien und geeinten Europa die Aufgabe, sich für die Anliegen und Stimmungen im Partnerland zu interessieren, um erneute Verwerfungen nach einer jahrhundertelangen, traumatischen Geschichte zu vermeiden. Innerhalb der EU können das größte EU-Mitglied Deutschland und das größte Land aus der Gruppe der 2004 in die EU gekommenen Gruppe der Mittelosteuropäer selbst am meisten davon profitieren, wenn sie über die Interessen des EU-Partners gut informiert sind.

Mit dem vorliegenden Band soll ein Beitrag zum Erkenntnisgewinn über den Nachbarn, dessen Präferenzen und Stimmungslagen bezogen auf einige wichtige EU-Politikfelder geleistet werden. Erst diese Kenntnisse erlauben es, die Politik Deutschlands und Polens in der EU besser zu beurteilen und Überlegungen anzustellen, welche Kooperationsmöglichkeiten es für die beiden Länder in verschiedenen EU-Bereichen gibt. Der Band konzentriert sich auf vier Politikfelder, die jeweils aus polnischer und deutscher Perspektive betrachtet werden. Nach einer Bestandsaufnahme zur besseren Einordnung der deutsch-polnischen Beziehungen bis zum Jahr 2015 (Dieter Bingen), werden zunächst außen- und sicherheitspolitische Orientierungen beider Länder be-

leuchtet, um eine Grundlage für die folgenden spezifischen Themenbereiche zu schaffen (Rafał Ulatowski und Wolfram Hilz). Daran knüpfen die inhaltlichen Präferenzen Deutschlands und Polens im Bereich der EU-Nachbarschaftspolitik, mit dem Schwerpunkt auf der „Östlichen Partnerschaft“, an, die hinsichtlich der grundlegenden geographischen Orientierungsdifferenzen aufschlussreich sind (Shushanik Minasyan und Maciej Raś). Der dritte Themenfokus ist der zunehmend wichtiger werdenden Energiepolitik mit den erheblichen Unterschieden mit Blick auf die jeweilige nationale Prägung und Politikpräferenz gewidmet (Nils Kleine und Rafał Ulatowski). Den Abschluss bildet schließlich das traditionelle EU-Kompetenzfeld der Handelspolitik. Dabei werden sowohl die Unterschiede für Polen und Deutsche hinsichtlich des noch bestehenden Anpassungsbedarfs an den EU-Rahmen deutlich, als auch die Präferenzen in den aktuellen handelspolitischen Schwerpunktfeldern multilateraler Investitionsabkommen (Anna Wróbel und Axel Berger).

Der vorliegende Sammelband basiert auf Beiträgen der Autoren zur gemeinsam vom Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie an der Universität Bonn (Prof. Dr. Wolfram Hilz) und dem Institut für Internationale Beziehungen an der Universität Warschau (Dr. Rafał Ulatowski) mit finanzieller Unterstützung des DAAD-Programms „Ostpartnerschaft“ organisierten Fachtagung im November 2015 in Bonn mit dem Titel „Ein neues Tandem für Europa? Deutsch-polnische Kooperationspotentiale in der EU“. Ein besonderer Dank für die redaktionellen Arbeiten und die Erstellung des druckfertigen Manuskripts gilt Frau Christiane Siemer, studentische Mitarbeiterin am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie an der Universität Bonn.

2 Deutschland und Polen zu Beginn des 21. Jahrhunderts: Kooperation und Spannungen nach einer traumatischen Geschichte¹

Dieter Bingen

1 Vorüberlegungen

In die Ausgestaltung der deutsch-polnischen Partnerschaft wirken wie in andere wichtige Außenbeziehungen Deutschlands und Polens innenpolitische und innergesellschaftliche Grundstimmungen und Strömungen hinein, die von längerfristigen Dispositionen geprägt sind. In den zurückliegenden 25 Jahren konnte ein Grundkonsens in beiden Ländern über den Wert einer liberalen Demokratie und einer pragmatischen, integrationsorientierten, auf Interessenausgleich ausgerichteten Außenpolitik als gegeben angesehen werden. Werteorientierung und moderate Interessenpolitik galt es in dem zurückliegenden Vierteljahrhundert auszutarieren, immer auf das von einer Mehrheit in den politischen und gesellschaftlichen Eliten in beiden Ländern als höchster außenpolitischer Wert erachtete europäische Integrationsprojekt ausgerichtet. Dies schloss Dissens und teilweise erhebliche Wahrnehmungsunterschiede in Teilbereichen der Außen-, Sicherheits-, Wirtschafts-, Energie- und Klimapolitik und in anderen Politikfeldern nicht aus. Das heißt, die generell auf Partnerschaft ausgerichtete Politik erforderte keine prästabilisierte Harmonie, sondern ging im Gegenteil von starkem Moderationsbedarf aus – nicht unähnlich den (west)deutsch-französischen Beziehungen, die ja beständig, ob richtig oder falsch, als Blaupause herangezogen werden, wenn es um die deutsch-polnischen Beziehungen geht. Die (west)deutsch-französischen Beziehungen sind kaum jemals interessenharmonisch verlaufen und brachten nur über ständige Kompromissuche Fortschritte in den bilateralen Beziehungen wie in der Europapolitik hervor.

Dieses Beziehungsmuster funktioniert unter der Bedingung, dass nationale Interessen nicht von vornherein *quasi* naturgesetzlich als antagonistisch zu dem nationalen Interesse des Nachbarn definiert werden. Für Deutsche und Polen – wie auch für Deutsche und Franzosen – galten die jeweiligen außen-

1 Es handelt sich um den gekürzten und leicht überarbeiteten Beitrag „25 Jahre deutsch-polnische Partnerschaft. Politische Freundschaft auf Bewährung“, in: Polen-Analysen, Nr. 180 vom 19.4.2016, S. 2-11.

politischen Prioritätensetzungen als teildentisch bis kompatibel; Inkompatibles wurde nicht als wesentliches Hindernis für die Fortentwicklung der zweiseitigen Beziehungen definiert.

Wenn von Antagonismus und Polarisierung geprägte innenpolitische Neujustierungen in einem Land getroffen werden, hat dies Auswirkungen auf seine Außenbeziehungen, denn politische und ideologische innenpolitische Argumentationsmuster sowie Freund-Feind-Kategorien ordnen ebenso die Welt jenseits der Grenzen Polens. Im konkreten Fall gilt dies nach der Machtübernahme durch die Partei *Recht und Gerechtigkeit* (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) in Polen und es gilt nicht zuletzt für die deutsch-polnischen Beziehungen.

Dies vorausgeschickt, war die Entwicklung der deutsch-polnischen Nachbarschaft in den zurückliegenden 25 Jahren ein Ausnahmefall, da erstmals in der neuzeitlichen Geschichte beide Gesellschaften und Staaten, Deutschland und Polen, von gemeinsamen Grundwerten ausgehend, nationale Interessenpolitik in einem durch die Europäischen Gemeinschaften/EU und die transatlantische Ausrichtung gesetzten Rahmen moderiert haben. Dabei gab es auch im langandauernden *honeymoon* der Beziehungen zwischen Berlin und Warschau ein Auf und Ab, ernsthafte Interessendivergenzen und Streit. Es wird auch unter einer *PiS*-Regierung keine vollständige Abkehr Polens von Deutschland geben. Wenige Monate der Verschattung in den bilateralen Beziehungen lassen freilich die Entwicklung der Jahre 1991 bis 2015 umso leuchtender erscheinen. Und das nicht ohne Grund.

Das Scharnier an der alten Grenze zwischen dem integrierten Westeuropa und dem souverän gewordenen, aber nicht-integrierten Ostmitteleuropa bildeten die bis an die Oder und Neiße ausgeweitete Bundesrepublik Deutschland und die Republik Polen. Nur durch Interessenkongruenz zumindest in den prinzipiellen Fragen europäischer Integration und durch Öffnung und Durchlässigkeit der Grenzen konnte der europäische Integrationsraum erweitert werden. Ohne deutsch-polnischen Ausgleich hätte *in puncto* EU-Osterweiterung nichts, aber auch gar nichts geschehen können.

Bei der Beschreibung der politischen Exklusivität im Vergleich zu anderen Außenbeziehungen der Bundesrepublik Deutschland wurden die deutsch-polnischen Beziehungen in den vergangenen 25 Jahren gerne auf eine Stufe mit den deutsch-französischen Beziehungen und der europapolitischen Funktion der westdeutsch-französischen Aussöhnung nach 1950 gestellt. Und tatsächlich ist die Vergleichbarkeit in einem Punkt zutreffend. So wie ohne den deutsch-französischen Ausgleich die westeuropäische Integrationspolitik nicht

hätte erfolgreich sein können, so wäre ohne die Annäherung zwischen Polen und Deutschen die Westintegration Polens und der anderen ostmitteleuropäischen Demokratien von Anfang an gescheitert. Die sogenannte „Rückkehr nach Europa“ konnte nur über und mit Deutschland als Hauptverbündetem erfolgen. Vor sechs Jahrzehnten hatte Frankreich den Türöffner für die junge Bonner Republik gespielt. In anderen Politikbereichen muss der Vergleich zwischen deutsch-französischen und deutsch-polnischen Beziehungen ebenfalls erlaubt sein. Freilich käme man zu dem Ergebnis, dass wegen der jeweiligen Ausgangsbedingungen für den Aufbau von politischen und gesellschaftlichen Beziehungen die deutsch-polnischen und deutsch-französischen kaum unterschiedlicher hätten sein können. Die so oft wie ein Mantra beschworene Asymmetrie im deutsch-polnischen Verhältnis sollte allerdings nur sehr zurückhaltend als Argument für die Fähigkeit zur Durchsetzung bestimmter politischer Ziele ins Feld geführt werden. Schließlich waren die Beziehungen zwischen Paris und Bonn bis zum Ende der alten Bundesrepublik nicht nur politisch, sondern sogar völkerrechtlich so asymmetrisch (Viermächteverantwortung hier und Status minderer Souveränität da), wie man es sich nur vorstellen konnte. Und dennoch hatte die alte Bundesrepublik mehr als einen Nutzen davon. Warum sollte dieser Vergleich nicht auch im deutsch-polnischen Verhältnis zu gewissen Schlussfolgerungen führen?

2 Der Vertrag als Ansage

Der Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vom 17. Juni 1991 bestimmt den politischen Rahmen für die Zusammenarbeit bis heute, auch wenn er nun in einigen Punkten übererfüllt, in anderen noch nicht erfüllt ist. Die bisher letzte Möglichkeit, ihn nach zehn Jahren im vorgesehenen Fünf-Jahresturnus ein Jahr vor Ablauf zu kündigen, ist zuletzt im Juni 2015 verstrichen. Der Vertrag enthält 38 Artikel und ist damit der umfangreichste bilaterale Freundschaftsvertrag, den die Bundesrepublik Deutschland jemals abgeschlossen hat. Für die deutsche Seite stellten 1991 die Kapitel, die von den Minderheitenrechten für die Deutschen in Polen sprachen (Artikel 20-22), und für die polnische Seite die deutsche Selbstverpflichtung, Polen den Weg in die europäische Integration zu ebnen (Artikel 8), die wichtigsten Bestimmungen dar, die beide Regierungen für eine möglichst breite politische parlamentarische Unterstützung benötigten. Dabei ist heute nur noch wenig bekannt, dass der Vertrag im Bundestag mit überwältigender Mehrheit verabschiedet wurde und im Sejm (460 Sitze) bei Abwesenheit von fast 200 Abgeordneten nur von 182 Parlamentariern die Zustimmung erhielt.